Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zł., monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zł., monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 237. Bromberg, Mittwoch den 14. Oktober 1925. **49. Jahrg.**

Nach der Wahl.

Die Kommentare der Bromberger polnischen Presse.

Bei der Besprechung der Wahlen zur Bromberger Stadtverordnetenversammlung findet es die „Gazeta Bydgoska“, das Organ der polnischen Nationaldemokratie, die bei den Wahlen unter der Flagge einer „kulturell-wirtschaftlichen“ Partei segelte, unerhört, daß die Christliche Demokratie und die polnische Nationale Arbeiterpartei je fünf Mandate verloren haben, und daß auf Kosten dieser beiden Parteien die sozialistische Partei einen bedeutenden Stimmenzuwachs erhielt. Die Bromberger Stadtverordnetenversammlung wird daher nach Ansicht des Blattes ein fast lebensunfähiger Körper sein. Eine ständige polnische Mehrheit werde man schwer zustande bringen können. Die „Gazeta Bydgoska“ fährt fort:

„Die Schuld für diesen Mißerfolg trägt vor allem die Bromberger Christliche Demokratie, und deren Organ, der „Dziennik Bydgoski“. Diese Gruppe hat von vornherein den Vorschlag abgelehnt, eine gemeinsame nationale Liste aufzustellen. Die Christliche Demokratie war sich dessen gewiß, daß sie zwanzig Mandate erobern würde und daß sie auch weiterhin bei der Entscheidung über die Geschicke der Stadt eine entscheidende Rolle spielen werde. Nun haben die Wahlen jedoch eine bedeutende Verringerung des Einflusses dieser Gruppe trotz der mit großem Halloh betriebenen Agitation erfahren. Die Zersplitterung des nationalen Lagers hat es bewirkt, daß viele polnische Wähler der Wahlurne fernblieben. Weniger gebildete Leute und schwache Personen konnten sich nicht darüber klar werden, für welche Liste sie ihre Stimmen abgeben sollten. Sie blieben einfach zu Hause. Auf diese Weise haben sie dazu beigetragen, daß die Sozialisten und die Deutschen den Sieg davontrugen. Hätten sich die Polen in demselben Prozentsatz an der Wahl beteiligt, wie die Deutschen, so hätten diese es höchstens zu acht Mandaten gebracht. Sehr charakteristisch ist der Umstand, daß die wenigsten Stimmen im Mittelpunkt der Stadt abgegeben wurden. Dort erreichte die Zahl der Wähler kaum 60 Prozent der Stimmberechtigten. Die polnischen Bürger, unter ihnen auch die Beamten und die freien Berufe haben ihrer Pflicht nicht genügt. Wir unterstreichen dies als eine sehr unangenehme Erscheinung, die für das nationale Leben sehr gefährlich sein kann (?).

Wir müssen alles daransetzen, um dieser Erscheinung für die Zukunft einen Riegel vorzuschieben. Und daher haben wir beschlossen, bei den nächsten Wahlen eine schwarze Liste derjenigen Polen aufzustellen, die durch ihre Trägheit den umstürzlerischen und deutschen Elementen zum Siege verholfen haben. Diese Leute müssen für die Zukunft durch die öffentliche Meinung zur Verantwortung gezogen werden. Vielleicht werden viele Personen dadurch gezwungen, ihrer Bürgerpflicht zu genügen. (Aber für wen sie unter diesem Terror stimmen werden, darüber kann — solange wir eine geheime Wahl haben — auch die „Gazeta“ nichts Bestimmtes voraussagen. D. R.)

Die Wahlen in Bromberg wie auch die in anderen Städten und Städtchen in Großpolen und Pommerellen haben den Beweis erbracht, daß die sozialistischen Einflüsse gestiegen sind, und daß die Zersplitterung im nationalen Lager in zu kleine Gruppen zu dieser bedeutenden Stärkung der sozialistischen Einflüsse beigetragen haben. In ihrer ganzen Nacktheit erschien vor uns die drohende sozialistische Gefahr. Dauert das Anwachsen des sozialistischen Einflusses an, so werden wir nach einigen Jahren in unseren Städten sozialistische Regierungen haben.

Das nationale Lager müßte sich daher vereinigen und sich zur angestrengten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Arbeit zusammenschließen. Zu dieser Arbeit müßten vor allem die besitzenden und intelligenten Schichten herangezogen werden. Im anderen Falle droht uns die Überschwemmung mit dem barbarischen Sozialismus, sowie die Vernichtung unserer Kultur und unseres ganzen Staatssystems.“ —

Der **„Dziennik Bydgoski“**, das christlich-demokratische Organ, **stellt die Sache nicht so kritisch dar.** Das Blatt gibt zwar zu, daß die **Mitte und die Rechte im allgemeinen eine gewisse Niederlage erlitten haben,** mißt aber dieser Niederlage keine große Bedeutung bei. „Die äußerste Linke“, so schreibt der **„Dziennik Bydgoski“**, „triumphiert, doch dieser Triumph beruht nicht auf einer ideellen Umstellung innerhalb der Gemeinschaft, sondern mehr auf der Erbitterung der Massen infolge der großen Arbeitslosigkeit. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die freien Klassenverbände (Matuszewski). Die polnische sozialistische **Partei** stützte sich nur teilweise auf die Arbeiterstimmen; die **Mehrzahl** ihrer Anhänger bildet die zugewanderte Intelligenz hauptsächlich aus Kleinpolen.

Im allgemeinen ist auch nur die Intelligenz der Linken an die Wahlurne herangetreten. Die Beobachtungen, die in sämtlichen Bezirken gemacht wurden, haben ergeben, daß sich die nationale Intelligenz zur Wahl fast gar nicht gestellt hat, teilweise fehlte sogar der Mittelstand. Die Beteiligung an den Wahlen seitens dieser Schichten der Bevölkerung betrug viel weniger als 50 Prozent. Denn wenn man bedenkt, daß die allgemeine Wahlbeteiligung nur etwas mehr als 60 Prozent betrug, und wenn man die große Beteiligung der Deutschen und der Sozialisten berücksichtigt, ja auch teilweise die der Nationalen Arbeiterpartei, so bleibt für die erwähnten Schichten der Bevölkerung nur ein verschwindender Prozentsatz übrig. Die Intelligenz hat sich ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt, nicht minder der Mittelstand.

Hervorragend haben sich die Deutschen bewährt. Trotz ihrer ungeheuren Abwanderung vom Jahre 1921 an haben sie kaum ein Mandat verloren. Ihre Wahlbeteiligung betrug 90—100 Prozent, und man darf in der Annahme nicht fehlgehen, daß ihnen auch die Juden und zweifellos auch die evangelischen Polen geholfen haben, da in einigen Bezirken die Zahl der abgegebenen deutschen Stimmen die Zahl der deutschen Wähler bedeutend überstieg. Die hohe Wahlbeteiligung der Deutschen nimmt uns durchaus nicht wunder, denn wir Polen haben uns in der Zeit der Fremdherrschaft nicht schlechter gehalten. Die Schamröte muß jedoch **hierbei den Lässigen in das Gesicht treten.“**

Der „Dziennik“ schließt: „In der künftigen Stadtverordnetenversammlung wird das Chaos größer sein, als in der jetzigen. Die Zusammensetzung der Kräfte ist derart, daß es schwer sein wird, eine zur positiven Arbeit notwendige Mehrheit zu schaffen. Für einen Handel stehen die Türen breit offen.“ —

Locarno.

Locarno, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die mit größter Spannung erwartete Montagsitzung der Konferenz begann um ½11 Uhr und war bereits kurz vor ½1 Uhr beendet. Sämtliche Delegierten, vor allem der französische Außenminister Briand, trugen einen sehr ernsten Gesichtsausdruck zur Schau, als sie den Justizpalast verließen. Die Gegensätze stehen sich in den Kardinalfragen (Art. 16 des Völkerbundstatuts und Ostpakt-Garantie) noch immer schroff gegenüber. Während die Entente-Journalisten, auch die polnischen Pressevertreter, sehr optimistisch über den Fortgang der Konferenz schreiben, verhält man sich im Esplanade, wo die deutsche Delegation ihren Sitz hat, sehr zurückhaltend.

Um Deutschland entgegen zu kommen, wollen die in Locarno weilenden Vertreter der dem Völkerbund angehörenden Mächte erklären, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Falle einer evtl. durch den Völkerbund eingeleiteten Aktion, die sich aus dem Art. 16 ergibt, die besondere Lage, in der sich Deutschland infolge seiner Abrüstung befindet, berücksichtigt werden soll. Es ist zweifelhaft, ob sich Luther und Stresemann mit dieser Erklärung zufrieden geben können, die nicht einmal von sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundrates garantiert wird. Wie die Havas-Agentur erfährt, hat die deutsche Delegation vor der Abgabe der endgültigen Erklärung über die Annahme des Art. 16 eine 24stündige Frist verlangt, um den Standpunkt der Reichsregierung einzuholen. Für die Wahrheit dieser Meldung spricht die Tatsache, daß die nächste Vollkonferenz erst am heutigen Dienstag Nachmittag stattfinden wird.

Am Montag morgen fand die erste Zusammenkunft zwischen dem deutschen Außenminister Stresemann und dem polnischen Außenminister Skrzyński statt, die Briand vermittelt hatte. Stresemann erklärte, daß dieses erste Rendezvous nur einen rein formalen Charakter gehabt habe. Die PAT. bemerkt: **„Ohne auf die beide Staaten interessierenden Fragen einzugehen, haben die Minister den ersten Kontakt geknüpft und sind dahin übereingekommen, auch eine Begegnung der beiden Delegationen herbeizuführen.“**

Die polnisch-Danziger Kontingentsverhandlungen.

Danzig, 10. Oktober. Wie die „Danziger Zeitung“ von maßgebender Seite erfährt, haben die seit drei Tagen mit Polen gepflogenen Verhandlungen über die Einfuhrkontingente gestern zu einem gewissen Abschluß geführt. Es wurde eine Einigung über die Einfuhrkontingente für das nicht deutsche Ausland erzielt, auch für die Liste A des deutschen Einfuhrkontingents kam eine Einigung zustande. Die „Danziger Zeitung“ betont, daß die Verhandlungen durchaus im Geiste der Versöhnlichkeit geführt wurden.

Am 1. Juli d. J. hatte bekanntlich die polnische Regierung die Mitteilung des Danziger Senats von seinen Maßnahmen gegenüber dem polnischen Einfuhrverbot von Waren aus dem Deutschen Reich mit der Erklärung ihrer Bereitwilligkeit beantwortet, gemeinsam mit dem Senat die Liste der Danziger Einfuhrkontingente zu prüfen. In der ersten Hälfte des Monats Juli begannen daraufhin die Danzig-polnischen Verhandlungen, in denen zunächst grundsätzliche Fragen zu klären waren.

Die Verhandlungen über die weiteren Einfuhrfragen werden in der nächsten Woche in Warschau fortgesetzt werden.

Englisch-türkische Verhandlungen über Mossul.

London, 12. Oktober. TU. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der englische Botschafter mit einem der Mitglieder der türkischen Delegation für die Mossulkonferenz eine längere Unterhaltung gehabt hat, der man in politischen Kreisen große Bedeutung beilegt. Der türkische Außenminister sagte, daß die Türkei dem Völkerbunde bei zufriedenstellender Lösung der Mossulfrage beitreten werde.

Die Lodzer Arbeiter für die sofortige Auflösung des Sejm.

Lodz, 12. Oktober. Unter dem Einfluß der kritischen Lage im Lande fand gestern hier eine große Arbeiterversammlung statt, die von der Polnischen Sozialistischen Partei einberufen worden war. Der Hauptreferent, Abg. Szczerkowski, geißelte die Desorganisation im Lande, beschuldigte die Regierung Grabskis, daß sie das Volk der Not überantwortet habe und meinte, daß nur der Rücktritt der derzeitigen Regierung Grabskis diesem Zustand ein Ziel setzen könnte.

Nach einer längeren Diskussion gelangte eine Entschließung zur Annahme, in welcher die Abgeordneten aufgefordert werden, im Sejm eine Aktion einzuleiten, die auf die Auflösung des gegenwärtigen Sejm abzielt. Die sozialistischen Verbände werden ersucht, diese Aktion zu unterstützen, und dabei nicht einmal vor der Proklamierung eines Generalstreiks zurückzuschrecken. Zum Schluß appelliert die Resolution an den Sejm, gleich bei der Wiederaufnahme der Sejmsitzung der Regierung Grabski das Mißtrauensvotum auszusprechen.

Rede des Abg. Graebe in Washington.

Washington, 7. Oktober. Gelegentlich der Generaldebatte auf der diesjährigen Konferenz der Interparlamentarischen Union hielt der Vertreter der Deutschen Vereinigung im Warschauer Sejm, Abg. Kurt Graebe nachfolgende Rede:

Hohe Versammlung!

Wenn ich heute als Mitglied der polnischen Delegation und gleichzeitig als Vertreter der deutschen Minderheit in Polen das Wort ergreife, so geschieht es nicht, um irgendwelche Klagen zu erheben, sondern einzig und allein aus dem Grunde, um mitzuarbeiten und mitzutun in dieser Frage, die ich für das Gedeihen der Völker als eine der wichtigsten und notwendigsten ansehe. Wenn ich mir überlege, welchen Zweck unsere Interparlamentarische Union hat und welche Ziele sie sich gesteckt hat, so steht doch als vornehmste und wichtigste Aufgabe die vor meinen Augen, welche darauf hinweist, daß der Frieden der Welt nur erreicht werden kann durch Versöhnung der Völker untereinander und durch ein verständnisvolles Eingehen auf die Eigenart eines jeden Volkes. Wenn wir aber in dieser hohen Versammlung dieses weit gesteckte Ziel erreichen wollen, so ist es — wenn das, was wir hier tun und was wir hier sagen, nicht zwecklos verhallen soll — unsere vornehmste Pflicht,

den Ursachen auf den Grund zu gehen,

welche Spannungen hervorrufen und gleichzeitig auch die Mittel zu finden, durch welche ein Ausgleich von Grundsätzen herbeigeführt werden kann, durch welche es erreicht wird, daß das, was wohl heute die ganze Welt ersehnt, ein wirklicher friedlicher Zustand, erreicht werden kann. Und ich meine, gerade in diesem Lande, in dem wir das Glück haben, in diesem Jahre unsere Tagung abzuhalten, in diesem Lande der Freiheit und wahren Demokratie, in diesem Lande ist es recht angebracht, die Fackel der Wahrheit leuchten zu lassen und den Finger auf die Wunde zu legen, die sich bisher nicht geschlossen hat und dazu beiträgt, daß die Atmosphäre, in der die Völker und ganz besonders die europäischen Völker leben, endlich einmal entgiftet wird, daß endlich wieder einmal Zustände eintreten, die nicht nur den Völkern, sondern jedem einzelnen Individuum das Leben wieder lebenswert machen. Denn es wird wohl kaum einen in dieser hohen Versammlung geben, der sich nicht klar darüber ist, daß es, so wie es heute ist, nicht weitergehen kann, und daß die kultivierte Welt einer Katastrophe entgegen eilt, wenn nicht von Grund aus eine Änderung der Verhältnisse eintritt. Und wenn wir nun wirklich offenen und klaren Blicks die Sonde anlegen und prüfen wollen, wie ist es möglich, eine Verständigung der Völker, der Staaten herbeizuführen, so weiß ich, daß die Grundbedingung dafür erst dann gegeben ist, und sich auch erst dann auswirken kann, wenn die verschiedenen Volksstämme und Nationalitäten, die innerhalb eines und desselben Staates leben, tatsächlich zu einer wirklichen und gesunden Verständigung gekommen sind. **So lange wir den Gedanken vertreten sehen, daß ein Volk das andere beherrschen muß, so lange die Ansicht besteht, daß das Mehrheitsvolk in einem Staate die Minderheitsvölker aufsaugen und verzehren will, so lange werden wir innerhalb der Staaten zu keiner Ruhe kommen, so lange ist es aber auch eine Unmöglichkeit, daß die großen Völker der Welt sich zu friedlicher, gemeinsamer Arbeit die Hand reichen.**

Wenn ich zurückdenke an die letzten Tagungen der Interparlamentarischen Union, an die Tagung in Kopenhagen und besonders an die Tagung in Bern, auf der viele goldene Worte gesprochen worden sind, wie man sich diesen Ausgleich denkt und welche Schritte unternommen werden müßten, wenn ich vergleiche, welche Änderung seit jener Zeit, seit jenen erhebenden Aussprachen und der heutigen Wirklichkeit eingetreten ist, so glaube ich, kein Fehlurteil zu sprechen, wenn ich hier behaupte, daß tatsächlich absolut nichts geändert worden ist, daß, bedauerlicherweise muß man sagen, und darauf deuten die Ausführungen verschiedener meiner Vorredner hin, die Verhältnisse sich noch sehr viel mehr verschärft haben.

Hohe Versammlung! Was hat es für einen Zweck, wenn wir hier theoretisch alle Fragen durchsprechen und uns Ideale hinstellen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen, durch die wir uns nur etwas vortäuschen, ohne das zu erreichen, was wir uns bei ehrlichem Willen als Ziel gesetzt haben. Das, was fehlt, das ist der Wille zur Tat, der wirkliche Wille jedes einzelnen, das, was hier in diesem großen Kreise als notwendig hingestellt wird, tatsächlich auch in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn wir von unserer Tagung zurückkehren.

Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß es für weite Kreise aus unserer Mitte absolut nicht leicht ist, daheim die Grundsätze zu vertreten, für die man hier mit solchem Eifer eintritt. Ich weiß ganz genau, daß den Betreffenden schwere Kämpfe sowohl von seiten ihrer Regierung wie der Parlamente und ganz besonders von solchen chauvinistischen Strömungen, die das Heil der Zukunft nur in der völligen Vernichtung Andersdenkender erblicken, sich entgegenstellen werden. Aber ein steter Tropfen höhlt den Stein, und wenn Vertreter aller Parteien der Länder, wie sie sich hier versammeln in gemeinsamer Front, um das Ergebnis eines weitgesteckten hohen Zieles willen, sich einsetzen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Es ist aber notwendig, daß wir uns klar darüber werden, welche grundlegenden Forderungen wir an unsere Mitglieder hier in diesem Kreise stellen müssen, damit sie eine Richtlinie haben, in welchem Sinne und welchem Geiste sie nach der Rückkehr in ihre Heimat zu wirken haben. Denn ich meine, daß wir doch durch unseren Beitritt zur Interparlamentarischen Union dokumentiert haben, daß wir uns mit ihren Aufgaben und Zielen solidarisch erklären und daß wir damit auch die Verpflichtung übernommen haben, im Sinne dieser Institution zu wirken und zu arbeiten.

Es ist natürlich, daß ich, um nunmehr zur praktischen Gestaltung meiner Gedanken zu kommen, auf heimatliche Verhältnisse zurückgreife, wenn ich hier Fragen zur Diskussion stelle, die m. E. gerade für diese grundlegende **Versöhnung der Völker von außerordentlicher Bedeutung**

sind. Sie werden für alle anderen Staaten, in denen sich Minderheiten befinden, mehr oder weniger zutreffend sein. Gerade für einen Staat wie unseren polnischen Staat, der ähnlich wie einzelne seiner benachbarten Staaten berufen ist, ein Bollwerk gegen den anstürmenden Bolschewismus zu sein, ist es ein unerträglicher Zustand, daß die innerhalb seiner Grenzen wohnenden Nationalitäten nicht zu einem friedlichen Ausgleich kommen können, anstatt, daß sie eine gemeinsame Abwehrfront bilden. Und wenn wir uns fragen, woran liegt es, daß diese gemeinsame Abwehrfront nicht gefunden werden kann, woran scheitern alle Versuche verständiger Leute, einen Ausgleich herbeizuführen, so können wir hier nur wieder feststellen, daß es an dem Willen zur Tat und dem Mut zur Tat fehlt, den wir brauchen, um alle diese Schädlinge, welche sich einem Ausgleich entgegenstemmen, zu beseitigen. Es ist doch eine krasse Unmöglichkeit, wenn innerhalb eines Landes 35—40 Prozent Minderheiten wohnen, daß man diese vollständig negieren will, daß man diese ihrer Staatsbürgerrechte zu entkleiden bzw. diese nach allen Richtungen hin einzuschränken versucht. **Nicht dadurch, daß ich versuche, Mitbürgern Hab und Gut fortzunehmen, nicht dadurch, daß ich Mittel ersinne, wie ich unter irgend einem rechtlichen Anschein dem den Minderheiten angehörenden Volksteile das ihm gehörende Eigentum liquidieren kann, nicht dadurch, daß ich versuche, die Kultur des anderen Volkes zu vernichten, nicht dadurch gewinne ich das andersstämmige Volk, sondern ich vertiefe dadurch nur die Gegensätze und züchte einen Haß heran, der nur zum Schaden des Gesamtstaates dienen kann.** So lange alle Maßnahmen darauf hinzielen, den anderssprechenden Mitbürger als nicht voll berechtigt anzuerkennen, so lange er vor den Gerichten mit anderem Maß gemessen wird, als seine Mitbürger vom Mehrheitsvolk, so lange das Privateigentum vogelfrei ist, so lange können wir auch auf irgend eine friedliche Verständigung nicht rchnen. Wenn heute noch Bürgern des Staates ihr Haus oder ihr Land fortgenommen wird mit der Begründung, daß es im Januar 1920 infolge nicht rechtzeitiger Durchführung eines rein formalen gerichtlichen Auflassungsaktes, juristisch noch dem liquidierbaren Vorbesitzer gehört hätte, so faßt man sich doch eigentlich an den Kopf, wie es möglich ist, daß man um einer formalen Sache willen den eigenen Staatsbürger um seine Existenz bringen will, nur weil er der Minderheit angehört. Wenn dann bei einem anderen, wo die Verhältnisse umgekehrt liegen, genau die entgegengesetzte Entscheidung getroffen wird und ihm sein Hab und Gut fast ohne Entschädigung genommen werden soll mit der Begründung, nicht dieser eben erwähnte formale Akt, sondern der Abschluß des Kaufes selbst wäre maßgebend, so muß man sich fragen, ob eine derartige ungerechte und ungleiche Handhabung angeblicher Vorrechte im Interesse des Staates und im Interesse der gegenseitigen Beziehungen der Völker liegen kann. Nicht dadurch, daß ich ein mit mir im Lande lebendes Volk knechte, daß ich es seiner elementarsten Rechte beraube, nicht dadurch, daß ich sein Privateigentum mißachte, daß ich es von mir stoße, nicht dadurch erziehe ich mir in demselben ein den Staat erhaltendes Mitglied, sondern nur dadurch, daß ich ihm auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens die völlige Gleichberechtigung zuerkenne und ihm seine kulturelle Freiheit nicht beschränke.

Diesen Gedanken, meine verehrten Damen und Herren, müssen wir uns einhämmern, und den müssen wir mit nach Hause nehmen, wenn wir nur einen einzigen Schritt vorwärts kommen wollen, wenn auch diese Tagung nicht fruchtlos verlaufen soll. Und gerade dieses Land, in dem wir uns heute befinden, gibt uns ja den allerbesten Beweis dafür, wie man sehr gut einem Volke, von dem man stammt, dem man seine Existenz und sein Leben verdankt, die Anhänglichkeit und Treue bewahren kann, wie man seine Kultur weiter entwickeln kann, und wie man doch als Erstes dabei ein vorzüglicher Staatsbürger und wie man ein wirklicher und echter Amerikaner sein kann. Daraus können wir lernen, und müssen wir für die Zukunft lernen.

Eine Frage, die für die Beziehungen der in einem Staate lebenden Völker, aber auch für die Grundlage der Staaten selbst von geradezu lebenswichtiger Bedeutung ist, wurde von verschiedenen meiner Herren Vorredner eingehend beleuchtet, nämlich

die Frage der Agrarreform,

die auch in unserem Lande akut geworden ist. Es ist ganz richtig gesagt worden, daß eine verständige Agrarreform etwas Notwendiges ist, und daß kein Wirtschaftspolitiker sich gegen eine solche wenden kann. Aber Vorbedingung für eine jegliche solche Maßnahme ist, daß die allgemeinen in der Welt, vor allem in der kultivierten Welt, geltenden Grundsätze dabei nicht auf den Kopf gestellt werden, daß das Privateigentum geachtet wird, daß man nicht einfach einem fleißigen und arbeitsamen Mann das, was er sich durch seine und seiner Kinder Arbeit erworben hat, einfach unentschädigt oder so gut wie unentschädigt fortnimmt und andere Leute darauf setzt, die weder einen rechtlichen Anspruch darauf haben, noch auch in der Lage sind, das zu leisten, was der Vorbesitzer nicht nur in seinem Interesse, sondern im Interesse des gesamten Staates dort geschaffen hat. Wenn ich dabei an das Agrargesetz denke, welches augenblicklich in unserem Parlament zur Verhandlung steht, so kann ich nur mit tiefer Sorge in die Zukunft blicken. Denn wenn es so, wie es in dieser ursprünglichen Fassung durch die erste Kammer gepeitscht wurde, bestehen bleibt, so bedeutet es nicht nur eine Enteignung des Privateigentums im wahrsten Sinne des Wortes, sondern es muß als propagandistischer Vorläufer wirken für die bolschewistische Idee, welche uns aus dem Osten in starkem Maße in unser Land hineingetragen wird. Und wenn man ein solches Gesetz dazu benutzt, um politische Wünsche den Minderheitsvölkern gegenüber durchzusetzen, um diese Minderheitsvölker im innersten Mark ihrer Existenz zu treffen, dann ist ein solches Gesetz ein unmoralisches Ausnahmegesetz, welches gar nicht scharf genug verdammt werden kann, weil es die hohen Ideale verleugnet, die wir uns gesteckt haben, weil es den Kampf der Völker verewigt, anstatt den Frieden, den wir wollen, herbeizuführen.

Ebenso liegt es bei der Zuteilung des Landes an die Neusiedler. Ich habe mir aus der Tschechoslowakei erzählen lassen, daß der fehlende Rechtsschutz für die Bodenerwerber dazu geführt hat, daß von allem Land, das die Siedlungsbehörden verteilen, die Minderheiten nur 2 Prozent erhalten, obwohl sie über 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen, und obwohl nach der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Berufsschichten der Bodenhunger der deutschen, madjarischen, slowakischen und polnischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei mindestens ebenso groß ist, wie der der tschechischen. Ich sehe deshalb mit Sorge, daß das neue polnische Agrargesetz, ebenso wie die tschechischen Gesetze den hinreichend qualifizierten Bewerbern kein subjektives Recht auf Bodenerwerb gibt. Der Pächter, der jahrelang eine Parzelle bewirtschaftet hat, kann nicht vor unparteiischem Richter sich dagegen wehren, daß ihm seine Parzelle genommen und einem anderen, schlechter qualifizierten Wirte zugeteilt wird.

Es ist hier nicht der Platz, auf Einzelheiten einzugehen, aber ich glaube, meine Ausführungen damit schließen zu können, daß ich noch einmal alles das zusammenfasse, was trennend und schädigend auf das Verhältnis der einzelnen Völker wirkt, indem ich sage:

Fort mit der Unterdrückung, fort mit Liquidation, Rechtsunsicherheit und Ungleichheit vor dem Gesetz, erkennt an das Recht der eigenen Kultur und der Sprache, erkennt an die Unverletzlichkeit des Privateigentums!

Wenn Sie alle, meine verehrten Damen und Herren, die Sie heute hier versammelt sind, sich diese Grundsätze mit nach Hause nehmen und versprechen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dann werden wir die Verständigung der Völker innerhalb der einzelnen Staaten erreichen. Es wird die Einleitung sein für die Verständigung der einzelnen Staatsvölker, die kommen wird und kommen muß, denn sonst muß die Welt an sich selbst zugrunde gehen. Lassen Sie es genug sein der theoretischen Erwägungen! Wenn Sie den Willen zur Tat mit nach Hause nehmen, dann werden wir auf der nächsten Tagung der Interparlamentarischen Union über diese Fragen, die die Gemüter erregen und erhitzen, nicht mehr zu diskutieren brauchen, dann werden wir einen erheblichen Schritt weitergekommen sein in der Erreichung unseres hohen Zieles, das wir uns gesteckt haben. Wir werden mit Dank an unsere heutige Tagung und an das amerikanische Volk zurückdenken können, von dem wir gelernt haben, wie es sein kann und wie es sein muß. Darum auf zur Tat!

*

Die Gemeinschaft aller Deutschen.

Aus Neuyork erfährt WTB.: Das Deutschamerikanertum von Neuyork veranstaltete am Freitag abend im Liederkranz-Klubhaus einen Empfang für die deutschen Vertreter zur Interparlamentarischen Union. Den Grundton der Ansprachen, die bei dem Empfang von berufenen Vertretern des Deutschamerikanertums gehalten wurden, bildeten die Bekundungen innigster Verbundenheit mit der alten deutschen Heimat, das Gelöbnis, am Wiederaufbau Deutschlands tatkräftig mitzuarbeiten, und die Hoffnung, daß die Beschlüsse der Washingtoner Interparlamentarischen Konferenz zu einem Ausgleich der nationalen Gegensätze führen. Unter den Anwesenden befanden sich Victor Ridder, Henry Heide, Dr. Emanuel Baruch und Vertreter der Vereinigten deutschen Gesellschaften und der Steuben Society. Der am Erscheinen verhinderte Bürgermiester Hylan hatte telegraphisch dem Stolz der Stadt Ausdruck gegeben, so erlauchte Gäste zu beherbergen und herzlichste Wünsche übersandt.

Pfarrer Korell wies auf die Rede Kelloggs bei dem Washingtoner Diner hin, worin er die Mitarbeit der Deutschen am Aufbau Amerikas unterstrich. Er wünschte, die Minderheiten würden überall so behandelt wie in Amerika. Die Periode des Suchens nach den europäischen Schwierigkeiten und der Erörterungen hierüber sei vorbei. Nun solle die Periode der Taten beginnen. Deutschland sei bereit, an diesen Taten mitzuhelfen, müsse aber fragen: „Wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Völker und wo die allgemeine Abrüstung?“ Abg. Graebe als Vertreter der deutschen Minderheit in Polen betonte die Zusammengehörigkeit aller Deutschen.

Französische Parlamentarier in Polen.

Am Sonntag, den 11. d. M.. ist eine Gruppe französischer Parlamentarier zu einem Besuche Polens in Posen eingetroffen. Nach Besichtigung der Stadt begeben sich die französischen Gäste am Montag nach Kattowitz, am Dienstag nach Krakau und am Mittwoch nach Lemberg, in Warschau treffen sie am Donnerstag, den 15. d. M., ein und werden in Polens Hauptstadt zwei Tage verbleiben. Später fahren sie nach Wilna, von wo sie dann über Warschau nach Pommerellen und insbesondere Thorn und Gdingen kommen. Die französischen Politiker werden auch Danzig einen Besuch abstatten. Am Mittwoch, den 21. d.M., begeben sich die Franzosen über Dirschau und Berlin nach Paris.

An dem Ausflug nehmen 14 Parlamentarier aller Parteigruppierungen der französischen Deputiertenkammer teil und insbesondere: neun Sozialdemokraten, ein Sozialrepublikaner, zwei soziale Radikale und zwei Vertreter des Bloque national. Zu den sozialdemokratischen Parlamentariern gehören u. a. bekannte Politiker, Marius Mothet Charles Spinasse, Gamart. Pressemanne und andere.

Der Parlamentarierbesuch war bereits für den Sommer angekünigt, kam jedoch damals nicht zustande, weil die Debatten über den französischen Staatshaushalt die Abgeordneten von ihrem Besuch zurückhielten. Sie wurden auf den Herbst vertagt. Die französischen Gäste besuchen Polen auf Einladung der Marschälle des Senats und des Sejm. Schon im Juli haben sie dem polnischen Sejm- und Senatspräsidenten eine Depesche geschickt, in welcher sie unter anderem feststellten, daß sie sich freuen, von der sympathischen Einladung der polnischen Parlamentskollegen Gebrauch machen und damit die Bande befestigen zu können, welche das polnische mit dem französischen Volk verknüpfen. Beide Völker seien demokratisch und von denselben Idealen des sozialen Fortschritts und des internationalen Friedens beseelt. Zum Schluß geben sie der überzeugung Ausdruck, daß die bevorstehende Reise den notwendigen Gedankenaustausch fördern und das gegenseitige Kennenlernen erleichtern werde.

Der Empfang der französischen Gäste in Posen fand in großer Aufmachung statt. Sie wurden schon in Bentschen durch Vertreter des Außenministeriums empfangen. Großer Empfang fand am Sonntag früh auf dem Posener Hauptbahnhof statt. Außer dem Wojewoden Grafen Bninski waren u. a. erschienen der Stadtpräsident Ratajski, der französische Konsul Dufort, ferner Vertreter des Außenministeriums, Universitätsprofessor Laglande usw. Nach dem Empfang fand im Bahnhofsrestaurant ein Frühstück statt, worauf sich die Gäste nach dem Rathause begaben, wo Stadtrat Ruciński die nötigen Erläuterungen gab. Dann wurde verschiedenen Fabriken, darunter der Maschinenfabrik Cegielski, ein Besuch abgestattet. Nachmittags besuchte man den Botanischen und den Zoologischen Garten, worauf die Franzosen sich in Kraftwagen nach Swadzim begaben, wo sie Gäste des Vizesejmmarschalls Pluciński waren. Abends fand Festvorstellung im Stadttheater statt, wo den Gästen große Ovationen bereitet wurden. Es wurde die Marseillaise gespielt und Hochrufe auf Frankreich ausgebracht. Nach dem Theater fand um 10 Uhr im großen Saale des Bazar ein Essen statt, das vom Wojewoden Grafen Bninski gegeben wurde. Daran nahmen 50 Personen teil. Es wurden verschiedene Trinksprüche ausgebracht, den ersten brachte Graf Bninski aus. Dann toastete der Vizesejmmarschall Pluciński auf die Gäste; in deren Namen erwiderte der Deputierte Guilleron. Wiederum spielte das Orchester die französische und polnische Nationalhymne. Die Festlichkeit dauerte bis nach Mitternacht, worauf die Gäste von den Festteilnehmern mit dem Wojewoden an der Spitze zum Bahnhof geleitet wurden. Um 1.15 Uhr früh erfolgte die Abfahrt der Franzosen nach Kattowitz.

Es gibt keinen polnisch-jüdischen Pakt.

So sagte Ministerpräsident Grabski.

Warschau, 12. Oktober. Vorgestern empfing Ministerpräsident Grabski den Vertreter der jüdischen Telegraphenagentur. Der Pressevertreter stellte Grabski die Frage, welche Stellung die Regierung gegenüber den Vorwürfen der Entschließung des jüdischen Klubs einnimmt.

Grabski antwortete, daß die Vorwürfe ungerecht seien, denn die Regierung habe an die Hochschulen die Weisung geleitet, bei der Annahme von Schülern keine Nationalitätenpolitik zu treiben. Am 7. Oktober fand sogar eine Konferenz mit den Rektoren der Hochschulen statt. Aber eine andere Sache ist es, daß die Regierung in die souveränen Rechte der Hochschulen nicht eingreifen kann. Wenn gegen die Juden eine Voreingenommenheit besteht, so ist diese mit einem Strich nicht zu beseitigen.

Auf die Frage, welchen Einfluß dies alles auf den Pakt mit den Juden haben kann, antwortete der Premierminister: „Die Regierung hat niemals einen Vertrag als solchen mit dem jüdischen Klub abgeschlossen. Es gab nur eine Antwort der Regierung auf eine Deklaration des jüdischen Klubs, die mir als Ergebnis der Verhandlungen der Regierungsvertreter mit den Vertretern des Klubs vorgelegt wurde. Auf diese Deklaration antwortete die Regierung, daß die jüdischen Wünsche Berücksichtigung finden sollen. Eine Bedingung, daß der Klub diese oder eine andere Stellung zur Regierung einnehmen soll, wurde nicht gestellt.“

Die Verhandlungen über die Verpachtung der Monopole.

Warschau, 12. Oktober. Wie die Regierung Grabski vorgestern durch eine halbamtliche Meldung mitteilen ließ, hat die Vertagung der Debatten über die Sanierungsgesetze keinen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen über die Aufnahme einer Auslandsanleihe. Und so führt Grabski die Verhandlungen über den Ausverkauf Polens fort. Wie bereits gemeldet, soll Polen für die Verpachtung des Spiritusmonopols eine Auslandsanleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar erhalten. Die Summe soll in der Bank Polski deponiert werden und als Deckung für eine weitere Emission von Banknoten dienen. Da jedoch diese Summe ausschließlich für die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens im Lande in Betracht kommen soll, beansprucht diese Gruppe eine Vertretung mit besonderen Vollmachten im Rat und Vorstand der Bank Polski.

Für das Tabakmonopol interessiert sich die holländische Firma Gordon und die Firma Lazar Freres. Gestern empfing Ministerpräsident Grabski zwei Vertreter der englischen Finanzwelt, darunter den Vertreter der „Standard Tabac Corporation“, die sich ebenfalls um das Tabakmonopol bewerben. Die Einzelheiten der Verhandlungen werden geheim gehalten.

Außerdem finden auch Verhandlungen zwischen den Vertretern der polnischen Regierung und amerikanischen Finanzleuten in der Frage der Exploitation der Eisenbahnen statt. Wie die „Rzeczpospolita“ mitteilt, lauten die amerikanischen Vorschläge: 1. Das amerikanische Kapital beteiligt sich an der Investierung in den schon bestehenden Eisenbahnlinien. 2. Dem amerikanischen Kapital wird die Möglichkeit gegeben, neue Eisenbahnlinien zu finanzieren oder an der Finanzierung sich zu beteiligen. 3. Das amerikanische Konsortium verpflichtet sich, dafür Polen eine größere Anleihe zu geben, deren Höhe abhängig sein wird von dem Anteil der Amerikaner an der Exploitierung der Eisenbahnlinien. 4. Die Anleihen und alle rückzahlbaren Summen sollen durch die Einkünfte aus der Exploitierung der Eisenbahnlinien in Polen garantiert werden.

Die diesbezüglichen Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.

Die Erhöhung der Vermögenssteuer.

Dieser Tage sind bekanntlich die zur Vermögenssteuer veranlagten Steuerzahler durch die amtliche Mitteilung peinlich überrascht worden, daß sie die nächste Rate dieser Steuer, und zwar erheblich erhöht, bis Mitte November zu entrichten hätten. Auch die bisher gestundeten Steuerbeträge sollten bis zu dem genannten Zeitpunkt zu entrichten sein. Diese Maßnahme, die in den davon betroffenen Kreisen wie eine Bombe einschlug, wird im „Dziennik Pozn.“ vom 11. 10. folgender ernsten sachlichen Kritik unterzogen:

Die im Jahre 1923 vom Sejm beschlossene Vermögenssteuer in Höhe von einer Milliarde polnischer Zloty sollte innerhalb dreier Jahre gezahlt werden, obgleich kompetente Leute sofort voraussahen, daß wegen der Verringerung der flüssigen Kapitalien in Polen und aus anderen Gründen dies unmöglich sein würde. Die zur Zahlung dieser Steuer Verpflichteten wurden in drei Gruppen eingeteilt: A. Landwirtschaft, B. Handel und Industrie und C. alle anderen: Hausbesitzer, Kapitalisten und andere. Die von den Steuerbehörden errechnete Vermögenssteuer fiel indessen erheblich niedriger aus, als die in Aussicht genommene Milliarde; sie erreichte nicht einmal die Hälfte dieser Summe. Das größte Defizit entfiel auf die Gruppe der Landwirtschaft, wo der kleine Besitz, der ungefähr 60 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche innehat, 50 Millionen Zloty bezahlen sollte, während auf den großen Besitz 450 Millionen Zloty entfielen. Die Bezahlung der einzelnen Raten der Vermögenssteuer war bisher mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Für die Landwirte wegen der Mißernte im Jahre 1924, für die anderen Steuerzahler wegen Mangels an Kredit oder wegen unzureichenden Betriebskapitals, und die Regierung war deshalb gezwungen, die Steuer zu stunden.

Um den Willen des Sejm auszuführen, arbeitete die Regierung eine Novelle zu der Vermögenssteuer aus, und da sie sich davon überzeugte, daß der ländliche Besitz durch diese Steuer überbürdet sei, legte sie einen Teil der Summe dieser Kategorie auf die zweite und dritte Kategorie um. Nach dieser Novelle soll die erste Kategorie über 200 Proz. mehr bezahlen, als deklariert war, die zweite Kategorie, Industrie und Handel, 37 Prozent und die dritte 120 Prozent mehr. Gleichzeitig sollte der Zahlungstermin von drei auf vier bis zu sechs Jahren verlängert werden. Dieser Plan rief bei den Steuerzahlern der zweiten und dritten Gruppe Unzufriedenheit hervor, und man proestierte dagegen. Der Antrag auf Annahme dieser Novelle wurde im Sejm eingereicht, wurde jedoch noch nicht genehmigt, ja er ist sogar noch nicht einmal zur Beratung gekommen.

Inzwischen erklärte die Regierung neuerdings durch den Premierminister Grabski in der Sitzung des vorläufigen Wirtschaftsrates, daß das Vermögenssteuergesetz aufgehoben werden würde, daß man nur die Hälfte der in Aussicht genommenen Summe erheben wolle, und daß die zweite Hälfte später auf vollständig anderer Grundlage eingezogen würde. Auf diese Weise würde die eine Gruppe nicht das bezahlen, was nach dem ursprünglichen Plane eine andere Gruppe zu zahlen hatte.

Unabhängig von dem oben dargestellten Stand der Dinge haben die Finanzämter im Posenschen in diesen Tagen Zahlungsbefehle an die Bürger bezüglich der Vermögenssteuer versandt, deren Höhe auf Grund der Regierungsnovelle festgelegt war, einer Novelle, die dem Sejm zwar vorgelegt, aber noch nicht von ihm beschlossen wurde. Nach diesen Zahlungsbefehlen soll bis Mitte November d. J. die Hälfte dieser erhöhten Vermögenssteuer gezahlt werden, d. h. alle Steuerpflichtigen zusammengenommen sollen einschließlich der bereits gezahlten Summen 500 Millionen Zloty aufbringen. Inzwischen sollen die Steuerpflichtigen auf Grund der eingereichten Deklarationen bis zu diesem Zeitpunkte vier Raten bezahlen, d. h. zwei Drittel des gesamten Vermögenssteuerbetrages, der nach **der ersten Festsetzung 500 Millionen Zloty nicht überstieg.**

Pommerellen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Graudenz.

e. **Graudenz**, 12. Oktober. Der gestrige Wahltag verlief ruhig ohne störende Zwischenfälle. In den Wahllokalen waren an besonderen Tischen die Vertrauensmänner der verschiedenen Listen plaziert. In einem Wahllokal war es für den Wahlvorstand und die Vertrauensleute recht unterhaltsam. Es war im Nachbarraum der Lautsprecher des Radioapparates aufgestellt und man hörte eine Morgenpredigt aus Königsberg, in welcher viel von Liebe und Friede gesprochen wurde. Man hätte meinen können, daß diese Predigt gerade für einen Wahltag zugeschnitten war. Bei der Wahl zeigte es sich, daß die Wahllisten an Genauigkeit doch manches zu wünschen übrig ließen. Es hätte sonst nicht vorkommen können, daß ältere Bürger, die seit Jahrzehnten in der Stadt wohnen, überhaupt nicht aufgeführt waren, während die Namen bereits vor längerer Zeit Verstorbener zu finden waren. Allerdings ist zu beachten, daß die Listenaufstellung wohl von Beamten besorgt worden war, die im städtischen Dienst verhältnismäßig neu und mit den Verhältnissen nicht so vertraut waren. Leider sind durch die Versäumnis mancher Wähler, die Listen einzusehen, deutsche Stimmen verloren gegangen. Die deutschen Vertrauensmänner haben wohl ohne jede Ausnahme wacker gearbeitet und ihren Bemühungen ist ein großer Teil des Erfolges der deutschen Volksgemeinschaft bei dem Wahlgange zu verdanken. Schon in den Vormittagsstunden holten Autos Alte und Kranke heran. Eine 92jährige Dame, die schon seit langer Zeit das Bett hütet, wurde an die Wahlurne gebracht und gab ihren Stimmzettel ab. Die anderen Parteien trieben noch während des Wahltages in den Straßen eine starke Propaganda. In den Nachmittags- und Abendstunden waren manche Wahllokale besonders stark in Anspruch genommen. Die „Schlepper" arbeiteten angestrengt und die Autos holten Säumige herbei. In der Hauptauskunftsstelle der deutschen Fraktion trafen bereits gegen 8½ Uhr die ersten Resultate ein, und diese waren für das deutsche Volkstum ermutigend. Die Wahlbeteiligung war von deutscher Seite gut. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung nach Bekanntgabe der Resultate sämtlicher 24 Wahlbezirke konnte man mit Bestimmtheit auf sieben deutsche Mandate rechnen. Die etwas später erfolgte amtliche Zusammenstellung bestätigte diese Berechnung. Bei einer Gesamtzahl der eingetragenen Wähler von 18 000 waren 10 602 Zettel abgegeben, welche sich auf folgende Parteien verteilten:

Liste 1 Nationale Arbeiterpartei	2239 Stimmen	9 Mandate,
Liste 2 Christliche Demokratie	1875 Stimmen	7 Mandate,
Liste 3 Sozialisten	2135 Stimmen	9 Mandate,
Liste 4 Deutsche	1798 Stimmen	7 Mandate,
Liste 5 Nationaldemokraten	985 Stimmen	4 Mandate,
Liste 6 Mittelstandspartei	1570 Stimmen	6 Mandate.

Die Listen 1, 5 und 6 waren verbunden. Durch diese Verbindung ging der deutschen Fraktion ein Mandat verloren. Das Ergebnis der Wahl hat für das deutsche Volkstum gelehrt, daß die Zahl seiner Mitglieder größer ist als im allgemeinen schätzungsweise angenommen wird. **Es muß aber auch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß viele Wähler, welche im allgemeinen als Polen angesprochen werden, durch Abgabe eines deutschen Stimmzettels ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kulturgemeinschaft haben ausdrücken wollen. Der schwere Steuerdruck durch die Stadt und den Staat und andere Ursachen mögen der deutschen Fraktion manchen Stimmzettel von polnischen Wählern zugeführt haben, denn man denkt an frühere, bessere Zeiten.** *

13. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

d **Die Steuern der evangelischen Kirchengemeinde** wurden in früherer Zeit durch die städtische Steuerkasse gegen eine prozentuale Gebühr eingezogen und an die Kirchenkasse abgeführt. Nach der politischen Umgestaltung entstanden Unzuträglichkeiten. Besonders bei der beginnenden Inflation erlitt die Kirchenkasse durch die Verzögerung der Zahlungen schweren Schaden. Der Gemeindekirchenrat setzte einen besonderen Steuererheber ein, der die veranschlagte Steuer durch einen besonderen Boten vierteljährlich einziehen ließ. Es bezahlten aber leider nicht alle Mitglieder der Gemeinde und der Gemeindekirchenrat besaß keine Exekutivgewalt. Nachdem die feste Währung eingeführt war, übernahm wieder der frühere Kirchenkassenrendant, der einen Teil der Kassengeschäfte weitergeführt hatte, die Einziehung der Kirchensteuer. Leider kommt der Bote nicht, wie vorgesehen, vierteljährlich mit der Steuerquittung, sondern halbjährlich oder in noch größeren Zeitabständen. In dieser geldknappen Zeit kommen dann manche Gemeindemitglieder in die Verlegenheit, nicht zahlen zu können und müssen sich wegen Ermäßigung der Steuer an den Gemeindekirchenrat wenden. Auf diese Weise gehen der Kirchenkasse manche Beträge verloren. *

A **An dem Weichselwasserstande** ist eine wesentliche Änderung nicht zu bemerken. Er fällt nur langsam. Am Sonnabend ging ein Schleppzug stromab. Auch am Sonntag kam ein größerer Dampfer mit zwei Fahrzeugen im Schlepp vorüber. Er nahm im Schulzschen Hafen als Deckladung Obst und dampfte dann nach Danzig weiter. *

Thorn (Toruń).

—dt **Statistisches.** Im dritten Vierteljahr wurden hier 30 neue Unternehmungen (gewerbliche und geschäftliche) gegründet; geschlossen wurden in derselben Zeit 14. **

—* **Auf dem letzten Hauptvieh- und Pferdemarkt** waren aufgetrieben 409 Pferde, 96 Rinder, 32 Fettschweine, 76 Läuferschweine, 131 Ferkel und 21 Ziegen. Man zahlte für alte Pferde 50—100, Arbeitspferde 120—250, bessere 350—500, Zuchtmaterial 600—700, einjährige Fohlen 100—150, zweijährige 200—250, alte Kühe 150—200, Milchkühe 250—300, Sterken 150—250, Fettschweine für den Zentner Lebendgewicht 65—70, Läuferschweine unter 35 Kilo 40—45, über 35 Kilo 50—55, Ferkel 32—42, Ziegen 10—15 zł. Die Preise waren im allgemeinen gestiegen, hauptsächlich für Ferkel und bessere Milchkühe. **

—dt **Etwas Unglaubliches** ereignete sich am vergangenen Sonntag im hiesigen Viktoriapark, wo ein Vergnügen des Gesangvereins „Moniuszko" stattfand. Gegen Morgen, als man das Tanzvergnügen beenden wollte, spielte die Kapelle ein katholisches Kirchenlied, und siehe da — mehrere Paare drehten sich dazu im Foxtrott! **

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

Coppernicus-Verein. Sonnabend, 17. 10., 8 Uhr: Lieder- und Balladenabend: Robert Spörry. Siehe Anzeige. (11916 * *

er **Culm** (Chełmno), 12. Oktober. In unserem Kreise befinden sich sieben evangelische Kirchspiele: Culm, Ostrometzko, Lissewo, Willisaß, Gr. Lunau, Plutowo-Kl. Trebis und Kokotzko. Die beiden letzteren sind verwaist. Kokotzko durch Versetzung des Missionars Lange nach einem Kirchspiel im Posenschen, und Plutowo-Kl. Trebis durch Versetzung des Pfarrers Rhöricht nach Mokrau bei Graudenz. Pfarrer Frese aus Culm verwaltet jetzt die beiden Kirchspiele und hält alle zwei Wochen die Sonntagspredigt am Nachmittag, und den Konfirmandenunterricht an jedem Donnerstag. — In zwei Stadtverordnetensitzungen, die im Juli und September stattfanden, wurden die Wahlen zum Kreistage für ungültig erklärt, weil die erste Wahl durch Zuruf erfolgte und in der zweiten durch Stimmzettel. Es wurde dann noch eine besondere Sitzung anberaumt, in der als einziger Punkt der Tagesordnung die Wahl durch Einreichung einer Liste vorgenommen wurde.

—dt **Aus dem Drewenzwinkel**, 12. Oktober. In der Nacht zum Sonntag von Dieben vollständig ausgeraubt wurde die Wohnung des Kätners Wichert in Zlotterie-Abbau (Złotorja). Niemand von der schlafenden achtköpfigen Familie hatte ein Geräusch vernommen. Am Sonntag morgen hatte niemand etwas anzuziehen! Die am Tatorte erschienene Thorner Kriminalpolizei konnte nichts feststellen.

h **Strasburg** (Brodnica), 11. Oktober. In den Strasburger Kreistag (Sejmik Powiatowy) sind 40 Mitglieder zu wählen. Die Städte Strasburg (Brodnica), Lautenburg (Lidzbark) und Gorzno (Górzno) haben die Wahlen bis zum 20. November mittelbar durch die Stadtverordnetenversammlung durchzuführen. Es wählt Strasburg fünf Mitglieder, Lautenburg zwei Mitglieder und Gorzno ein Mitglied. Die Landgemeinden des Kreises sind in acht Wahlbezirke zusammengelegt, die je vier Mitglieder unmittelbar zu wählen haben. In diesen Wahlbezirken finden die Wahlen am Sonntag, 22. November, statt. — Auf dem letzten Wochenmarkte zahlte man für Butter 2—2.20, Eier 2.00, Enten 2.50—3, Gänse 5, Kartoffeln 1.50, Weizen 9.50, Roggen 6.50—6.75, Gerste 7.50, Hafer 7. das Paar Absatzferkel 45—50 zł.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

♂ **Warschau** (Warszawa), 12. Oktober. In dem Dorfe Kensce im Kreise Skierniewice brannte das Haus des Bauern Maj ab. Der Brand war um Mitternacht ausgebrochen, als die ganze Familie im Schlaf lag. Die ganze Familie, bestehend aus vier Personen, und zwar dem 70jährigen Johann Maj, der 20jährigen Tochter Josefa, der 14jährigen Antonja und der 72jährigen Frau Maj, ist in den Flammen umgekommen. Letztere war aufgewacht und hatte sich zu retten versucht, erlitt aber so schwere Verletzungen, daß sie, auf dem Hofe angelangt, zusammenbrach und bald darauf starb.

♂ **Warschau** (Warszawa), 12. Oktober. Am Sonntag nachmittag kam es im jüdischen Stadtteil auf einem Hofe zu Streitigkeiten zwischen christlichen und jüdischen Kindern. In diesen Streit mischte sich der Vater eines Knaben ein, namens Solarski, der einen jüdischen Knaben schlug. Das führte zu einer Ansammlung der jüdischen Einwohner der nächsten Häuser, die gegen Solarski eine drohende Haltung einnahmen. Solarski floh in seine Wohnung. Daraufhin wurde er von der empörten Menge belagert. Es begann schließlich eine wilde Attacke auf seine Wohnung. Solarski gab in der Notwehr einen Warnungsschuß ab, daraufhin warfen sich die Belagerer auf ihn. Man wollte ihn steinigen. Da schoß Solarski in die Menge hinein und traf einen gewissen Kupferfarb tödlich. Die Familie Solarski wurde von der Polizei in Schutzhaft genommen und ein jüdischer Rädelsführer, Mordka Zybler, verhaftet. — Die Wirtschaftslage in der polnischen Hauptstadt ist geradezu katastrophal. Sowohl die Handarbeiter als die Kopfarbeiter klagen über die furchtbaren Zeiten, über die Geschäftsstille, über den Arbeitsmangel, den Mangel an Mitteln zum Leben, kurz über die von Tag zu Tag wachsende Not. In allen Arbeitswerkstätten müssen Reduktionen vorgenommen werden, und Tag für Tag wächst die Zahl der Arbeitslosen. Im Schneidergewerbe zählt man über 1000 Arbeitslose. In den Schlossereien, Stellmachereien, Sattlereien und Klempnereien, ferner in der Möbelindustrie und in den Galanteriewerkstätten wird überhaupt nicht mehr gearbeitet. Am vergangenen Sonnabend haben zahlreiche Fabriken in Warschau nur à-Konto-Zahlungen in Höhe von 5 Złoty leisten können. Die Zahl der Zwangsversteigerungen wegen nicht bezahlter Steuern ist erschreckend groß geworden. Seit einigen Tagen bemerkt man ein rasches Steigen der Preise bei allen Artikeln des Erstbedarfs.

Briefkasten der Redaktion.

S. 99. Die ganze Sache wird schon ihre Richtigkeit haben. Sie sind mit der Zahlung der Rente im Rückstande, und diese Reste sollen nun im Laufe von 5 Jahren ausgeglichen werden. Wenn Sie die Rente bis 1922 bezahlt haben, dann legen Sie doch die Quittung vor, und die Sache ist erledigt. Ob Sie der erste oder zweite Darlehnsnehmer sind, ist für die ganze Frage ohne Belang. Umgerechnet wird das Darlehn so, daß festgestellt wird, um wie viel es bereits amortisiert wird. Der verbleibende Betrag wird auf Złoty berechnet und verzinst und amortisiert wie ein neues Darlehn unter den vorherigen Bedingungen.

K. R. B. 1. In Deutschland könnten Sie den früheren Besitzer nur wegen der persönlichen Haftung für die Schuld in Anspruch nehmen, aber keinesfalls auf Grund des deutschen Aufwertungsgesetzes. Dagegen wäre es möglich, an den jetzigen hiesigen Besitzer die Forderung zu stellen; die Voraussetzung dafür ist aber, daß Ihr Vorbehaltsvermerk grundbuchlich eingetragen ist, oder daß Sie sonst nachweisen können, daß Sie die Vorbehalte gemacht haben. 2. Nach der Umrechnung können Sie einen höheren Zinsfuß mit dem Schuldner vereinbaren, evtl. unter Inanspruchnahme des Gerichts. 3. Eine formelle Umrechnung ist überhaupt nicht erforderlich; will sie eine Partei haben, dann kann sie ja den Antrag stellen; sie trägt dann natürlich auch die Kosten.

Heirat

Geldmarkt

Stellengesuche

Offene Stellen

An- u. Verkäufe

Pachtungen

Wohnungen

Möbl. Zimmer

Pensionen

Und das geschieht in der Zeit einer vollständigen finanziellen Krise, die wir zurzeit durchleben, und zwar auf Grund eines noch nicht beschlossenen, sondern im Sejm erst eingereichten Gesetzes. Die Steuerpflichtigen sollen diese Steuer bezahlen einschließlich der Summe, die ihnen gestundet worden war, da sie nicht in der Lage gewesen waren, sie in den ursprünglich bestimmten Terminen zu bezahlen.

Andererseits hat der Premierminister, der gleichzeitig Finanzminister ist, in einer seiner Reden erklärt, daß er in diesem Jahre einen Eingang der Vermögenssteuer in größerer Höhe als 120 Millionen Złoty nicht erwarte, d. i. 40 Prozent der präliminierten Summe in dem diesjährigen Budget, von dem im voraus bei der Beratung des Staatsbudgets im Sejm gesagt wurde, daß sie nicht in ihrem Gesamtbetrage einkommen würde.

Wir haben uns erlaubt, diese Angelegenheit in etwas breiterer Form hier darzulegen, um zu zeigen, wie gering die Voraussicht in den Anordnungen des Finanzministeriums ist, das sich von der finanziellen Lage der Bürger keine Rechenschaft gibt, wobei wir von der ungesetzlichen Tatsache ganz absehen, daß eine Verfügung erlassen wird auf Grund eines noch nicht beschlossenen Gesetzes.

Man muß darauf gefaßt sein, daß die Bürger nicht in der Lage sein werden, die jetzt fällige letzte Rate der Steuer zu zahlen, die für diejenigen, die regelmäßig ihre früheren Raten bezahlt haben, für die dritte Gruppe ungefähr 25 Prozent mehr ausmacht, als die vorherigen drei zusammengenommen; und für die erste Gruppe wird, wie wir annehmen, das Verhältnis noch ungünstiger sein.

Diese Tatsache muß einen Ansturm von Eingaben um Stundung dieser letzten Rate in diesem Jahre hervorrufen und eine große Überlastung der Finanzbeamten mit überflüssiger und unproduktiver Arbeit zur Folge haben.

*

Die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft teilt Folgendes mit:

Die Finanzbehörden haben die Zahlungsaufträge auf die Vermögenssteuer den Steuerzahlern zugesandt. In den Zahlungsaufträgen ist der Wert des Vermögens angegeben, und es ist jedem Steuerzahler dringend zu empfehlen, die Summe des ermittelten Vermögens mit dem in der Deklaration angegebenen Vermögen zu vergleichen und festzustellen, um wieviel sich diese Summen voneinander unterscheiden. Falls die Behörde einen höheren Wert, als der Steuerzahler ihn in seiner Erklärung angegeben hat, annimmt, steht dem Steuerzahler das Recht zu, Einspruch einzulegen, und die für die Berechnung der Vermögenssteuer von der Behörde verwendeten Unterlagen einzufordern. Unsere Bezirksgeschäftsführer, die genaue Informationen von uns erhalten haben, sind gern bereit, die Errechnung der Steuer nachzuprüfen, wie auch Einsprüche usw. einzulegen. Wir weisen ganz besonders darauf hin, daß die Einspruchsfrist 30 Tage nach dem Tage der Aushändigung des Steuerbescheides abläuft.

Nach dem beim Sejm von der Regierung eingereichten Novellenentwurf über die Vermögenssteuer soll das Kontingent einzelner Gruppen der Steuerzahler grundlegend verändert werden, und die Landwirtschaft erhält das Kontingent von 500 Millionen Złoty auf 343 Millionen ermäßigt. Die prozentuale Erhöhung wird somit 208 Prozent anstatt 367 Prozent ausmachen, für Industrie und Handel soll dagegen das Kontingent von 375 Millionen auf 449 Millionen erhöht werden, also 63 Prozent anstatt 36 Prozent. Bei der dritten Gruppe der Steuerzahler soll das Kontingent von 125 Millionen auf 208 Millionen erhöht werden, also von 120 Prozent auf 279 Prozent.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 13. Oktober.

§ **Was braucht man zur Einreise nach Danzig?** Es ist festgestellt worden, daß polnische Staatsangehörige, die sich nach der Freien Stadt Danzig begeben, in zahlreichen Fällen keine Personalausweise besaßen, in denen die Rubrik Staatszugehörigkeit ausgefüllt war. Das Innenministerium macht, worauf wiederholt hingewiesen sei, darauf aufmerksam, daß von den Kontrollstellen der Eintritt in das Gebiet der Freistadt nur denjenigen polnischen Staatsangehörigen gestattet wird, die auf Grund der polnisch-Danziger Konvention einen gültigen Personalausweis haben, der in einer entsprechenden Rubrik den Vermerk über die Zugehörigkeit zum polnischen Staate enthält.

§ **Warnung vor Preiswucher.** Die Kriminalpolizei nimmt Veranlassung, die Verkäufer und Händler auf den Wochenmärkten dringend vor Preiswucher zu warnen. Es sind, namentlich in letzter Zeit, zahlreiche Fälle übertriebener Preisforderungen zur Anzeige gebracht worden.

§ **Einen Klavierabend** veranstaltete am Sonntag in der Aula des Koppernikus-Gymnasiums (ehemalige Oberrealschule) der einheimische Pianist Prof. Emil Bergmann. Der erste Teil war alten klassischen Meistern gewidmet mit zwei Großwerken — Bachs berühmter Chaconne, für Klavier bearbeitet von Busoni, und Beethovens Appassionata — sowie kleineren Stücken von Gluck und Rameau; der zweite Teil brachte von Chopin zwei Etüden und die Barkarole, Liszts Paraphrase über „Isoldes Verklärung", zwei Stücke des Russen Arensky und Rubinsteins „Kaukasischen Tanz", letzterer etwas vom Genre virtuosenhafter Reißer. Der Künstler baute die beiden klassischen Höhenwerke zu imponierenden klanglichen Gebilden auf, mit weitester Spannung zwischen den äußersten dynamischen Grenzen des Donnerns und Säuselns. In der Rhythmik, in der Anwendung freier Zeitmaße, Beschleunigung und Zurückhaltung des Tempos, schien er uns bei den klassischen Großmeistern etwas zu weit zu gehen. Mit den Stücken aus neuerer Zeit steht es in diesem Punkt anders; bei ihnen liegt im sehr frei gestalteten Tempo oft genug ein wesentlicher Reiz des Ganzen. Nach dieser Richtung war namentlich die Lisztsche Paraphrase über die Schlußszene des „Tristan" ausgezeichnet durchgearbeitet, und wurde zu einem Höhepunkt des Abends. Als Ganzes gab das Konzert von neuem Zeugnis von der glänzenden Beherrschung höchster Anforderungen und der inneren Musikalität des Künstlers. Die Hörer nahmen alles mit reichem und herzlichem Beifall auf. kb.

§ **Der Freundinnenverein** hielt gestern nachmittag im Saale des Deutschen Hauses eine sehr stark besuchte Oktobersitzung ab. Die Vorsitzende, Frau Witte, wies in ihrer Begrüßungsansprache nochmals auf die Wohlfahrtsziele des Vereins hin, und legte den Teilnehmerinnen besonders ans Herz, rechtzeitig an die Vorbereitungen für die Weihnachtsbescherung armer Witwen und Waisen heranzugehen. — Eine freundliche und mit sehr warmem Beifall aufgenommene Abwechselung boten ernste und heitere Lieder und Duette deutscher Meister, die von Frl. Grete Wisniewski und Margot Schulz in klangschöner und eindrucksvoller Wiedergabe geboten wurden. Das zwanglose Beisammensein, bei dem auch gemeinsame Lieder nicht fehlten, stand wieder im Zeichen anregender und gemütvoller Geselligkeit, bestimmt, den Kreis der deutschen Frauen immer fester zusammen zu schließen.

§ **Drei Fahrräder**, die aus Diebstählen herrühren, befinden sich zurzeit in Aufbewahrung auf der Kriminalpolizei (Zimmer 36).

§ **Festgenommen** wurden gestern vier Trunkenbolde, drei Diebe und zwei von der Staatsanwaltschaft Gesuchte.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

* * *

* **Kolmar** (Chodzież), 12. Oktober. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten: Liste 1 (Polnische Arbeiterpartei) 1209 Stimmen, Liste 2 (Nationaldemokraten) 489 Stimmen, Liste 3 (deutsche Liste) 579 Stimmen. Danach entfallen auf Liste 1: 13, Liste 2: 5, Liste 3 — deutsche — sechs Sitze.

R **Mialy** (Kr. Filehne), 11. Oktober. Vor noch nicht langer Zeit wurden hier in der evangelischen Kapelle von ruchlosen Bubenhänden die Fenster mit Steinen zertrümmert. Den Bemühungen der Polizei in Schneidemühlchen ist es aber bereits gelungen, die Täter zu ermitteln. Es sind dies fünf hiesige jugendliche Burschen, deren Eltern nun für den bedeutenden Schaden aufkommen müssen. Mit Genugtuung wird es von der deutsch-evangelischen Bevölkerung empfunden, daß der polnische Probst in Schneidemühlchen am Sonntag nach der Predigt mit kräftigen Worten die ruchlose Tat geißelte, und auch zur Ermittelung der Schandbuben wesentlich beigetragen hat.

ak. **Nakel** (Nakło), 10. Oktober. Der letzte Kram- und Viehmarkt war sehr stark beschickt, jedoch war der Handel infolge der großen Geldknappheit sehr gedrückt, so daß die Preise sanken. Auf dem Krammarkt waren viele Verkäufer mit Stoffen und anderen Waren, die aber sehr teuer waren. Käufer vom Lande waren genügend vorhanden, aber da die Verkäufer zu hohe Preise verlangten, wurden wenig Geschäfte abgeschlossen. — Ein Automobil fuhr mit einem beladenen Heuwagen zusammen. Der Kutscher stürzte so unglücklich herunter, daß er sich das Genick brach und seinen sofortigen Tod fand. — Die Zuckerfabrik fängt ihren Betrieb in nächster Woche an und es werden bereits Rüben mit der Kleinbahn und durch Wagen angeliefert.

* **Posen** (Poznań), 12 Oktober. Am vergangenen Sonnabend feierte der Ruderklub „Neptun"-Posen in den Räumen der Loge sein 30. Stiftungsfest in Gestalt eines Herrenabends, zu dem eine große Reihe von Gästen, unter anderen auch die Vertreter der Danziger, Thorner und Bromberger Rudervereine und die Vertreter der Posener polnischen Rudervereine „Tryton", „Polonia" und „A. Z. S." erschienen waren. Der erste Vorsitzende, Herr Woldemar Günter, schilderte in einer Festrede in humorvoller Weise die Entwickelung des Ruderklubs „Neptun" bis zum heutigen Tage. An die Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde, schlossen sich die Glückwünsche der deutschen und polnischen Rudervereine an. Vielfach wurden Geschenke und auch Flaggen überreicht. Mit besonderem Beifall wurde die markige Ansprache des Danziger Vertreters und die humorvolle des Vertreters der „Polonia" belohnt. Den größten Beifall löste jedoch der Glückwunsch der Frauen des Ruderklubs „Neptun" aus, die 1000 Złoty überreichten zum Ankauf eines neuen Bootes. An den offiziellen Teil schloß sich dann der gemütliche Teil, der sich bis in die Morgenstunden ausdehnte.

* **Posen** (Poznań), 12. Oktober. Niedergebrannt ist, wie der „Kurjer" berichtet, die Holzkirche in Dąbrowa Koscielna, zwischen Mur. Goslin und Kiszkowo in Kreise Posen, in der Nacht zum Sonnabend. Auch das Wunderbild der Mutter Gottes wurde vernichtet. Zu diesem Bilde fanden alljährlich Wallfahrten statt. Die Kirche war eine der ältesten in Polen.

Geringe Buttererzeugung in Polen.

Es klingt unwahrscheinlich, ist aber doch wahr: **Polen, ein vorwiegend agrarisches Land, führt aus dem Auslande nicht allein Getreide und Mehl ein, sondern in großer Menge auch Butter.** Im Jahre 1924 führten wir aus dem Auslande 160 Tonnen Butter ein, und ausgeführt wurden nur 1$\frac{1}{2}$ Tonne. Allerdings sind im ersten Halbjahr 1925 158 Tonnen Butter ausgeführt worden, aber eingeführt wurden 553 Tonnen. Die Butter gelangt nach Polen hauptsächlich aus Lettland und Dänemark. So kauft beispielsweise das rein agrarische Wilnagebiet am liebsten lettländische Butter. Warum kann unser agrarisches Land nicht so viel Butter erzeugen, um den Inlandsbedarf zu decken? Die Ursache besteht darin, daß die Viehzucht im allgemeinen der Zahl und der Qualität nach auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau steht. Wie die „Gazeta Warszawska Poranna" nach der Statistik von 1922 feststellt, besitzt Polen 6 Millionen Stück Vieh. Auf 1000 Einwohner entfallen 300 Kühe, während Dänemark in demselben Verhältnis 600 Stück Rindvieh zählt. In Dänemark gibt eine Kuh im Durchschnitt 2500 Liter Milch im Jahre, bei uns nur 900 Liter. Hinzugefügt muß werden, daß die vom polnischen Bauer gewonnene Butter häufig minderwertig ist, weshalb es begreiflich ist, warum wir Butter einführen. Die eigene Produktion genügt nicht, und die Butter ist überdies teurer und schlechter, als die eingeführte aus Dänemark und Lettland.

Es drängt sich nun die Frage auf, wie die Butterproduktion gehoben werden kann. Die Hauptsorge muß dahin gehen, die Viehzucht zu verbessern und den Viehstand zu vermehren. Indessen eine Änderung in dieser Beziehung kann nur langsam geschehen. Es fehlt uns in erster Linie eine ausreichende Zahl von Molkereien. Milch in rohem Zustande findet Absatz nur in den Städten mit naher und guter Eisenbahnverbindung. Auf größere Entfernungen bezahlt sich die Ausfuhr von Milch in geringeren Quantitäten nicht. Wenn der Bauer einen guten Absatz für Milch in einer nahen Molkerei findet, wird er gern eine größere Anzahl Kühe halten, und zwar nicht bloß des Düngers wegen. Welchen Vorteil er daraus ziehen kann, das zeigen die Ziffern von 227 Genossenschafts-Molkereien; diese zahlten im Juni ihren Mitgliedern und Lieferanten rund 900 000 Złoty für Milch. Wenn man diese Ziffern auf 1 000 000 erhöht, was nicht unmöglich ist, würde die Einnahme auf 48 Millionen jährlich ansteigen, was einen erheblichen Nebenverdienst für die kleinen Landwirtschaften darstellen würde. Der Umsatz von 1362 Genossenschafts-Molkereien in Dänemark beziffert sich auf ungefähr eine Milliarde Złoty jährlich. Das Beispiel von Finnland und Lettland, die im Laufe von zwei Jahren aus Einfuhrländern zu großen Exportländern hinsichtlich der Buttererzeugung geworden sind, beweist, daß diese Forderung auch für uns nicht bloße Zukunftsmusik ist. Das Verständnis für diese Frage ist innerhalb der Bauernschaft schon recht groß, und dank einer energischen Propaganda ist auch Lust zur Gründung von Molkereien vorhanden. Die größte Schwierigkeit bilden natürlich die Baukosten. Hier sollten Regierung und Selbstverwaltungsverbände helfend eingreifen.

Wirtschaftliche Rundschau.

hst. **Von der Weichselschiffahrt.** Die erwartete starke Belebung des Weichselverkehrs ist erst Ende September eingetreten. Die erste Oktoberwoche brachte daher auch einen sehr starken Verkehr von Kähnen. Da der Wasserstand der Weichsel günstig ist, so kann die Wasserstraße diesen Herbst bis Warschau recht vorteilhaft ausgenutzt werden. Bis Thorn und Bromberg können die vorhandenen Kähne mit voller Ladung verkehren. Die Beförderung von Getreide und Rohzucker hat jetzt im größten Umfang eingesetzt. Stromab kamen nach Danzig in den letzten 14 Tagen ca. 40 Kähne mit Rohzucker aus Polen, 30 Kähne mit Getreide, 3 Kähne mit Soda, 5 Kähne mit Schnittware, ferner einige Ladungen Steine, Papier, Heringe usw. Immerhin wären aber über 20 Kähne stromab ohne Ladung. Stromauf fehlt es recht erheblich an Ladung, so daß in diesen letzten 14 Tagen etwa 50 Kähne leer stromauf mußten. Die zeitweise lebhafte Beförderung von Mehl und Getreide von Danzig nach Warschau hat aufgehört. Dagegen kommen jetzt ständig nennenswerte Mengen Stückgüter nach Warschau zum Versand. Bemerkenswert ist auch die Beförderung von oberschlesischer Kohle von Danzig auf dem Binnenwasserwege nach Memel. Insgesamt gingen mit Ladung etwa 30 Kähne stromauf. Die Holzflößerei hat sich im Herbst etwas belebt. In den letzten 14 Tagen kamen über 20 Holztraften mit etwa 10 000 Kubikmeter Holz stromab nach Danzig.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 13. Oktober auf 3,9744 Zł. festgesetzt.

Der Złoty am 12. Oktober. Danzig: Złoty 86,02—86,23 Ueberweisung Warschau 85,39—85,61; Berlin: Złoty 68,75—69,45, Ueberweisung Warschau oder Posen 69,02—69,38, Kattowitz 68,92 bis 69,28; Zürich: Ueberweisung Warschau 85,75; London: Ueberweisung Warschau 29,00; Neuyork: Ueberweisung Warschau 16,50.

Warschauer Börse vom 12. Oktbr. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 27,45, 27,52—27,38; Holland 241,13, 241,73—240,53; London 29,05$\frac{1}{2}$, 29,13—28,98; Neuyork 5,98, 6,00—5,96; Paris 27,64$\frac{1}{2}$, 27,72 bis 27,57; Prag 17,80, 17,84—17,76; Schweiz 115,73, 116,02—115,44; Stockholm —,—; Wien 84,60, 84,81—84,39; Italien 24,03$\frac{1}{2}$, 24,10 bis 23,90.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 12. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 124,045 Gd., 124,355 Br., 100 Złoty 86,02 Gd., 86,23 Br., 1 amerik. Dollar 5,2435 Gd., 5,2560 Br., Scheck London 25,21 Gd., 25,21 Br. — Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfd. Sterling 25,2250 Gd., 25,2250 Br., Berlin in Reichsm. 123,955 Gd., 124,260 Br., Neuyork —,— Gd., —,— Br., Holland 100 Gulden —,— Gd., —,— Br., Zürich 100 Fr. —,— Gd., —,— Br., Paris 23,99 Gd., 24,05 Br., Kopenhagen 100 Kronen —,— Gd., —,— Br., Warschau 100 Zł. 85,39 Gd., 85,61 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 12. Oktober Geld	Brief	In Reichsmark 10. Oktober Geld	Brief
—	Buenos-Aires . 1 Pes.	1.732	1.736	1.733	1.737
7.3 %	Japan . . . . . 1 Yen	1.715	1.719	1.715	1.719
—	Konstantinopel 1 t. Pfd.	2.39	2.40	2.385	2.395
4.5 %	London . . 1 Pfd. Strl.	20.309	20.359	20.312	20.364
3.5 %	Neuyork . . . . 1 Doll.	4.195	4.205	4.195	4.205
—	Rio de Janeiro 1 Milr.	0.624	0.626	0.624	0.626
4 %	Amsterdam . . 100 Fl.	168.60	169.03	168.63	169.05
10 %	Athen	6.09	6.11	6.09	6.11
5.5 %	Brüssel-Antw. 100 Frc.	19.17	19.02	19.02	19.06
9 %	Danzig . . . 100 Gulden	80.57	80.77	80.58	80.73
8 %	Helsingfors 100 finn. M.	10.552	10.592	10.555	10.595
7 %	Italien . . . . 100 Lira	16.80	16.84	16.81	16.85
7 %	Jugoslavien 100 Dinar	7.458	7.476	7.45	7.47
5.5 %	Kopenhagen . . 100 Kr.	101.47	101.23	101.42	101.68
9 %	Lissabon . . 100 Elcuto	21.225	21.275	21.225	21.275
5 %	Oslo-Christiania 100 Kr.	83.60	83.80	83.35	84.05
6 %	Paris . . . . . 100 Frc.	19.305	19.345	19.365	19.405
7 %	Prag . . . . . . 100 Kr.	2.424	12.464	12.427	12.467
4 %	Schweiz . . . . 100 Frc.	80.87	81.07	80.86	81.06
10 %	Sofia . . . . . 100 Leva	3.057	3.067	3.055	3.065
5 %	Spanien . . . 100 Pes.	60.30	60.46	60.37	60.53
5 %	Stockholm . . . 100 Kr.	112.41	112.69	112.48	112.76
9 %	Budapest . . 100000 Kr.	5.875	5.895	5.875	5.895
9 %	Wien . . . . . 100 Sch.	59.11	59.75	59.17	59.31
—	Kanada . . . . 1 Dollar	4.195	4.205	4.195	4.205
—	Uruguay . . 1 Goldpes.	4.26	4.27	4.25	4.26

Züricher Börse vom 10. Oktober. (Amtlich.) Neuyork 5,18$\frac{5}{8}$, London 25,10$\frac{7}{8}$, Paris 23,85, Holland 208,40, Berlin 123,45.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 6,30 Zł., do. kl. Scheine 5,97 Zł., 1 Pfund Sterling 29,025 Zł., 100 franz. Franken 27,60 Zł., 100 Schweizer Franken 115,59 Zł., 100 deutsche Mark 145,00 Zł., Danziger Gulden 115,17 Złoty.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 12. Oktober. Bankaktien: Kwilecki, Potocki i Ska. 1.—8. Em. 3,50. — Industrieaktien: H. Cegielski 1.—10. Em. (50 Zł.-Aktie) 9,00. Centrala Rolników 1.—7. Em. 0,50. Centrala Skór 1.—5. Em. 0,90. Goplana 1.—3. Em. 3,00—3,25. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. 1,10. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 0,20. Bracia Stabrowscy (Zapałki) 1. Em. 0,80. „Tri" 1.—3. Em. 16,00. „Unja" (vorm. Ventzki) 1.—3. Em. 4,30—4,50. Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Oktober. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.) **Weizen** 22,00—23,00, **Roggen** (neu) 15,25—16,25, **Weizenmehl** (65% inkl. Säcke) 36,00—39,00, **Roggenmehl** 1. Sorte (70% inkl. Säcke) 22,00—25,00, do. (65% inkl. Säcke) 22,00—26,00, **Braugerste** prima 21,50—22,50, **Gerste** 18,00—20,00, **Hafer** 17,50—18,50, **Felderbsen** 21,00—22,00, **Viktoriaerbsen** 25,00—28,00, **Weizenkleie** 10,00—11,00, **Roggenkleie** 10,00—11,00, **Rübsen** —,—, **Eßkartoffeln** 2,90, **Fabrikkartoffeln** 2,00—2,20. — Tendenz ruhig.

Danziger Produktenbericht vom 12. Oktober. (Nichtamtlich.) Preis pro Ztr. in Danziger Gulden. **Weizen** 128—130pfd. stetig 10,75—11,25, do. 125—127pfd. —,—, do. 120—122pfd. —,—, **Roggen** 118pfd. stetig 7,80—7,90, prompte Abl. v. Polen: **Futtergerste** stetig 8,50 bis 9,50, **Braugerste** 9,50 bis 10,70, **Hafer** stetig 8,25—8,60, kl. **Erbsen** unv. 11,00—12,00, **Viktoriaerbsen** unv. 12,00 bis 15,00, grüne **Erbsen** —,—, **Roggenkleie** unv. 6,25, **Weizenkleie** 7,00, **Weizenschale** 7,35. Großhandelspreise per 50 kg waggonfrei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 12. Oktober. Amtliche Produktennotierungen per 1000 kg ab Station. **Weizen** märk. 214—21,7, Okt. 231, Dez. 233—233,75—233,50, März 236,,50—237,50 Geld, Tendenz: fest. **Roggen** märk. 151—155, Okt. 169, Dez. 174, März 183 u. Brief, fest. **Roggenkleie** 9—9,50, stetig.

Sommergerste 210—235, feinste Sorten über Notiz, **Winter- und Futtergerste** 170—175, fest. **Hafer** 183—191, Dez. 188, März 189, stetig. **Weizenmehl** 27,50—31,50, befestigt. **Roggenmehl** 22—24,25, befestigt. **Weizenkleie** 10,40—10,70, behauptet.

Für 100 Kg. in Mark ab Abladestationen: **Viktoriaerbsen** 26 bis 31, kleine **Speiseerbsen** 26—28, **Futtererbsen** 21—24, **Wicken** 22 bis 25, **Rapskuchen** 15, **Leinkuchen** 21,30—21,60, **Trockenschnitzel** prompt 9,50—9,80, **Sojaschrot** 20—20,25, **Kartoffelflocken** 14,40—14,75.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 12. Oktober. Preis für 100 kg in Gold-Mark. Hüttenrohzink (fr. Verkehr) 77,50—78,50, Remalted Plattenzink 66,00—67,00, Originalh.-Alum. (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtb. 2,35—2,40, do. in Walz- oder Drahtb. (99%) 2,45—2,50, Hüttenzinn (mind. 99%) —,—, Reinnickel (98—99%) 3,40—3,50, Antimon (Regulus) 1,32—1,34, Silber i. Barr. f. 1 kg 900 fein 98,00—99,00.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 12. Oktober in Krakau — (— 2,18), Zawichost + (— 1,13), Warschau + — (1,16), Plock + 0,91 (0,91), Thorn + 0,70 (0,70), Fordon + 0,74 (0,74), Culm + 0,72 (0,72), Graudenz + 0,84 (0,84), Kurzebrak + 1,27 (1,27), Montau 0,53 (0,53), Piekel — 0,51 (0,51), Dirschau + 0,42 (0,42), Einlage + 2,40 (2,40), Schiewenhorst + 2,70 (2,76) m. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 174.

Gott schenkte uns heute den **dritten Jungen.**

Fordon, den 12. Oktober 1925. 11952

Pfarrer Rutzen und Frau.

Von 9—2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand
Dr. v. Behrens
(obrońca pryw.)

Von 4—8 Promenada 3

Statt Karten.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Frieda** mit dem Stellmachermeister Herrn **Paul Nikolaus** beehren wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.

Stellmachermeister
Julius Warmbier
und Frau Hulda
geb. Warmbier.

Osiek. 8263

Frieda Warmbier
Paul Nikolaus
Verlobte.

Osiek Netzthal. — Łęgnowo Langenau.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief Sonntag früh 5½ Uhr nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Rentier

Paul Krieger

nach vollendetem 62. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz
Die trauernden Hinterblieben
Emma Krieger geb. **Heilemann**
Gertrud Krieger
Kurt Krieger
Ella Krieger.

Bydgoszcz, den 12. Oktober 1925.
ul. Libelta 12.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten evangel. Friedhofes aus statt. 8276

Am 6. Oktober starb im Diakonissenhause in Bydgoszcz unser langjähriges Mitglied, der

Gutsbesitzer und Kirchenälteste

Helmboldt

aus Pęchowo.

Wir betrauern seinen Tod auf das Tiefste. Der Verstorbene hat stets seine Zeit und seine Kraft in den Dienst unserer Kirchengemeinde gestellt.

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden. 11939

Der Gemeindekirchenrat.
Burghardt.

Allerseelen u. Totenfest

nahen u. Ihr lieber Verstorbener hat noch kein Grabmal. Beachten Sie die Geschäftsanzeige d. alten Grabsteinfirma von **G. Wodsack, nur Dworcowa 79.** Bestellen Sie sofort. 11501

Bydgoszcz *Telefon Nr. 965* — *Szubin* *Telefon Nr. 4*

J. und P. Czarnecki
Dentisten
Zähne, Plomben, Brücken

Jagiellońska (Wilhelmstr.) 9
im Hause Luckwald Nachfl. 11358
Sprechstunden durchgehend von 9—5 Uhr.

Zwangs-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 14. Oktober d. Js., 12 Uhr mittags werden in der **ul. Jezuicka 7/8** an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung folgende Gegenstände verkauft:

1 eisernes Spind.

Besichtigung 1 Stunde vor der Lizitation.
Bydgoszcz, den 12. Oktober 1925.

11945 **Oddział Egzekucyjny**
przy Magistracie miasta Bydgoszczy.
(—) **Wache,** Radca Miejski (Stadtrat).

Sprzedaż przymusowa.

Dnia 15. 10. 1925, o godz. 11 przed poł. będę sprzedawał przy **ul. Dworcowej 30a** najwięcej dającemu i za gotówkę:

1 tokarkę
3 szrubstoki.

Malak, 11937
komornik sądowy w Bydgoszczy.

Zu **Bücherabschlüssen, Buchführung** u. sonstig.

schriftl. Arbeiten

bin ich bereit hinzukommen. Zeugnisse von Genossenschaft., Mühl., Gütern, Kaufleuten stehen zur Verfügung.
11663 **Wersche, Nakło.**

Wäsche jeder Art

wird sauber in u. auß. d. Hause angefert., a. ausgebessert. **Frau Anna Dernow, Kosciuszki 48,** 8242 Gartenhaus, 1 Tr.

Gute Hausschneiderin

empfiehlt sich, in und außer dem Hause. 8163 Zu erfragen **Hermana Frankego 8,** part., lks.

Höchstpreise 7825

zahle ich für sämtliche **Felle und Roßhaare.**

Gerbe u. färbe

all. Arten fremd. Felle. Habe ein Lager in ausländ. u. hiesige Felle. **Wilczak,** Malborska 13.

Batterien
Hülsen
Glühbirnen
für Taschenlampen
liefert billigst
Willy Jahr,
Dworcowa 18b.
Telephon 1525. 11001

Rasierklingen

werden abgezogen. 11352
Demitter, Król. Jadw. 5.

Freibank

Prima kernfettes

Rindfleisch

morgen um 11 Uhr zum Verkauf. 8293
K. Neumann.

Ergebnis der Stadtverordneten-Wahlen in Bydgoszcz.

Der Magistrat gibt laut Art. 33 der Wahlordnung öffentlich bekannt, daß bei den Stadtverordneten-Wahlen in Bydgoszcz am 11. Oktober 1925 folgende Kandidaten gewählt worden sind:

Liste Nr. 2.

1. Maluszewski, Tadeusz, Arbeitersekr.
2. Kronenberg, Leopold, Literat
3. Pankratz, Artur, Redakteur
4. Zacharjasiewicz, Laurenty, Tapezier.
5. Rybczyński, Franciszek, Arbeitersekr.
6. Kiljan, Stanisław, Schlosser
7. Wnuk, Jan, Schlosser
8. Zieliński, Teodor, Arbeitersekretär
9. Lubański, Józef, Arbeiter
10. Jagielski, Stefan, Maurer

Liste Nr. 3.

1. Pawłowski, Wacław, Schriftsetzer
2. Jaworski, Wiktor, Eisenb.-Beamter
3. Lonatowski, Franciszek, Schlosser

Liste Nr. 4.

1. Beyer, Kazimierz, Rektor
2. Mazgaj, Kazimierz, Industrieller
3. Teskowa, Wincenta, Redakteurin
4. Kałdowski, Kazimierz, Müller
5. Hoffmann, Franc., Hauptausschuß-Sekretär
6. Przybyliński, Franc., Starostei-Sekr.
7. Zmudziński, Bernard, Arbeitersekr.
8. Romański, Bolesław, Handlungsgeh.
9. Wolski, Maksymiljan, Gehilfe
10. Matuszczak, Piotr, Sekretär des Mietervereins
11. Kurdelski, Ignacy, Schneidermeister
12. Weimann, Narcyz, Gewerbeschuldir.
13. Piotrowski, Adam, Tischler
14. Dr. Wiecki, Czesław, Arzt
15. Błaszak, Jan, Fleischer

Liste Nr. 5.

1. Spitzer, Wilhelm, Rechtsanwalt
2. Rehbein, Gustaw, Kaufmann
3. Pomerenke, Bruno, Kaufmann
4. Jendrike, Paul, Schulleiter
5. Wilm, Karl, Bäckermeister
6. Simmich, Johann, Schneidermeister
7. Loerke, Hugon, Uhrmachermeister
8. Jankau, Oskar, Bücherrevisor
9. Steinborn, Friedrich, Schneidermstr.
10. Rittler, Klara, Hausbesitzerin

Liste Nr. 6.

1. Janicki, Tadeusz, Ingenieur
2. Lewandowicz, Konstanty, Maschinen-Baumeister
3. Dr. med. Nowiński, Antoni, Arzt.
4. Lewandowski, Antoni Bol., Drogist
5. Wdziękoński, Teofil, Ing., Fabrikdir.
6. Zwierzchowski, Aug., Staatsbeamter
7. Błaszczyk, Wojciech, Industrieller
8. Fiedler, Konrad, Redakteur
9. Jaworowiczowa, Jadwiga, Pensions-Inhaberin

Liste Nr. 7.

1. Faustyniak, Jan, Sejmabgeordn.
2. Safjan, Franciszek, Schlosser
3. Wilk, Stanisław, Postreferent
4. Drewka, Maksymiljan, Arbeiter
5. Piskorski, Czesław, Bankbeamter
6. Banach, Wincenty, Krankenkassen-Beamter
7. Modlibowski, Franciszek, Tischler
8. Nowakowski, Wawrzyn, Kaufmann
9. Nowicka, Anastazja, Ehefrau
10. Mąka, Józef, Schlosser
11. Jutrzenka-Trzebiatowski, Józef, Restaurateur
12. Zieliński, Władysław, Maurer
13. Sokołowski, Konstanty, Elektromech.

Eventl. Proteste gegen die Wahlen können vom 13. d. Mts. ab binnen 14 Tagen beim Magistrat erhoben werden.

Bydgoszcz, den 13. Oktober 1925.

Der Magistrat.

In Abwesenheit des Stadtpräsidenten:
(—) **Dr. Chmielarski,** Vizepräsident. 11950

Polizei-Verordnung.

Angesichts der zunehmenden **Rattenplage** und der damit verbundenen Verbreitung der Ansteckungsgefahr ordne ich auf Grund des § 12 des Gesetzes über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten vom 28. 8. 1905 (Gesetzessammlung S. 373) im Interesse der öffentlichen Gesundheit für den Stadtbezirk Bydgoszcz einschließlich der Vororte eine allgemeine Bekämpfung der Plage in nachstehender Ordnung an.

§ 1. Alle Hausbesitzer resp. Hausverwalter und Pächter im Bereich des Stadtkreises Bydgoszcz sind verpflichtet, auf ihren Grundstücken Rattengift auszulegen und zwar **unwiderruflich am 7. 11. 1925 abends und am 14. 11. 1925 abends** an den hierfür geeignetsten Orten und in einer ihnen durch die Apotheker oder Drogisten beim Gifteinkauf angegebenen Weise. Giftscheine zum Gifteinkauf in Apotheken resp. Drogerien als auch Bescheinigungen, die dem kontrollierenden Beamten zum Beweise, daß Gift gelegt worden ist, vorzuzeigen sind, werden in dem Polizei-Verwaltungs-Gebäude ulica Grodzka 32 I, Zimmer 10 in den Dienststunden von 8—12 Uhr gegen Entrichtung von 50 gr Verwaltungsgebühren ausgegeben.

§ 2. Um Vergiftungen von Haustieren, wie Geflügel, Hunden, Katzen zu vermeiden, sind alle Mieter und Einwohner des betreffenden Grundstücks von der Giftauslegung vorher zu benachrichtigen, wodurch ihnen die Möglichkeit gegeben wird, für diese Zeit die Tiere einzuschließen.

§ 3. Die vorliegende Verfügung ist allgemein gültig, sie verpflichtet rücksichtslos alle Hausbesitzer, Verwalter resp. Pächter der im Stadtbezirk (mit Vororten) gelegenen Grundstücke, ohne vorherige besondere schriftliche Aufforderung. Die im § 1 angegebenen Termine müssen pünktlichst eingehalten werden. Die Funktionäre der Polizei-Kommissariate p p haben die Weisung, in den Tagen eine strenge Kontrolle, ob auf allen Grundstücken Gift ausgelegt worden ist, durchzuführen.

§ 4. Nichtbeachtung der vorliegenden Verfügung wird auf Grund des § 36 des obig erwähnten Gesetzes vom 28. 8. 1905 mit einer Geldstrafe bis zu 150 zł oder einer entsprechenden Haftstrafe geahndet.

Bydgoszcz, den 5. Oktober 1925.

Die Städt. Polizei-Verwaltung.

(—) Hańczewski.
11910 radca miejski (Stadtr.)
Pl. VI. 4842/25.

Polizei-Verordnung.

Zwecks **Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche** wird auf Grund d. § 18 und der folgenden des Seuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (Gesetzblatt S. 519) und im Sinne d. § 168 e der Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze verordnet wie folgt:

§ 1. Die Pflicht des Kochens (bis 100° C) sämtlicher entfetteten Molkereiprodukte (Magermilch, Molken usw.) in allen Molkereien im Bereiche der Stadt Bydgoszcz vor der Abgabe an die Konsumenten.

§ 2. Die Pflicht der Desinfektion mittels Dampf bezw. heißer 3%iger Sodalösung aller zur Milchlieferung an die Molkereien benutzten Milchkannen vor der Rückgabe an ihre Besitzer.

§ 3. Die Pflicht der täglichen Desinfektion der Rampen und Auffahrten vor den Molkereien nach Beendigung der gewöhnlichen täglichen Lieferungsfahrten.

§ 4. Ueberdies wird die Milchlieferung von verseuchten Gehöften an die Molkereien verboten.

Ausnahmsweise kann die Lieferung gestattet werden, jedoch unter der Bedingung, daß der Lieferant die Milch vor der Lieferung genügend desinfiziert (bis 85° C).

§ 5. Nichtbeachtung der vorliegenden Verordnung wird im Sinne des § 74,3 des obig angeführten Gesetzes mit einer Geldstrafe bis 3000 zł oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren geahndet. 11909

Bydgoszcz, den 6. Oktober 1925.

Die Städt. Polizei-Verwaltung.

(—) Hańczewski.
radca miejski (Stadtr.)
Pl. VI. 4939/25.

Zur gefälligen Erinnerung ausschneiden und aufbewahren!

„Büro WAP", ul. Gdańska 162, II,
neben Hotel Adler, 11948
übernimmt die Ausarbeitung von Schriftsätzen jeglicher Art,
insbesondere in Zivil-, Strafprozessen, Steuerangelegenheiten, Mietsstreitigkeiten, Eingaben an Behörden usw.

Tanzunterricht. 11925

Der neue Kursus f. **Fortgeschrittene** in den **modernsten Tänzen** beginnt **Freitag, den 16. Okt:** Anmeldungen nimmt noch entgegen

H. Blaesterer, Tanzlehrerin, Dworcowa 3.

Ausstellung — Häusliche Kunst

Zivil-Kasino, Gdańska, 3.—6. Dezember.

Anmeldungen von Handarbeiten, Spielsachen usw. erbeten an die **Geschäftsstelle** Sniadeckich 4. 11926

Holländische

Blumenzwiebeln,

Hyacinthen, Tulpen, Narzissen
Crocus, Schneeglöckchen, Scilla

in schönen Farben **für Zimmer** (Topf und Glas) und **Gartenkultur. Kollektion** von 30 verschied. Zwiebeln 10 zł empfiehlt

Gärtnerei Gartmann,
Poznań, Górna Wilda 92. 7836
Versand an Private und Wiederverkäufer.

Stehe mit meiner
Räucherei
wieder zur Verfügung.
Leon Pajątkowski,
8203 Jagiellońska 36a.

Dogge, Hündin

gelb, gerufen **„Bella"** ist am 3. 10. **verloren** gegangen. Gegen Belohnung abzugeb. bei **Nowacki, Bydgoszcz, Rycerska 6, T. 910.** 11942

Täglich frische
Wiener Würstchen
E. Reeck, Sniadeckich 17.

Warne

hiermit einen jeden, meinem Sohn 11918

Erich

etwas zu borgen oder ihm Aufenthalt zu gewähren, da ich für nichts aufkomme.

August Piepke,
Malawy bei **Nowe.**

Wichtig für Landwirte, Hausbesitzer und Arbeiter.

Prozeßvertreter St. Izydorek
in Szubin, Kcińska 4, 1. Etage

übernimmt Vertretungen und Verteidigungen in Zivil- und Strafsachen. **Erhebt die Hälfte der Rechtsanwaltsgebühren.** Fertigt Kauf-, Tausch- u. Ueberlassungsverträge, sowie Gesuche jed. Art a. d. Schreibmasch. schnell u. billig.

Foto grafien
Passbilder
zu staunend billigen Preisen liefert sofort
Centrale für Fotografien
nur Gdańska 19. 11389

Hebamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen
R. Skubińska,
Bydgoszcz, 10806
Nakielska 17, II.

Schirmreparaturen

werden schnell u. sauber ausgeführt, auch kaufe nicht reparaturfähige Schirme 8280

Josef Haagen,
Schirmmacher,
Sniadeckich 47, II.



A. Dittmann

G. m. b. H.

Bromberg

Wir empfehlen uns zur Herstellung aller vorkommenden besseren

Druckarbeiten

bei mäßiger Preisberechnung.

Ab **Mittwoch, den 14. ds. Mts. verkehrt** wiederum unser

Autobus

auf der
Strecke Bydgoszcz — Sępólno über **Sośno — Wierzchucin.**

Fahrplan:

Sępólno, Abfahrt 7.00, 14.30. Ank. 13.30, 20.30
Bydgoszcz, „ 11.30, 18.30. „ 9.00, 16.30

Von der Ortschaft Wierzchucin bis Bydgoszcz und zurück werden keine Passanten mitgenommen. 8291

Bracia Szczepańscy,

Sępólno, Tel. 78. — **Bydgoszcz,** Tel. 1655. — **Gniezno,** Tel. 248.

Bank-Verein Sępólno
e. G. m. unb. H.

Sępólno alter Markt. — Gegründet 1883

Günstige Verzinsung
von 10485
Spareinlagen
mit 10497
Wertbeständigkeits-Garantie.
Ausführung aller Bankoperationen.

Schweizerhaus (4. Schleuse).

Zu dem am **Mittwoch, den 14. Oktober d. J.** stattfindenden 8288

Wurst- und Eisbein-Essen

erlaube ich mir ganz erg. einzuladen.
Emil Kleinert.

---

13 Akte — ***Kino Kristal*** — 13 Akte

Heute, Dienstag, zum letzten Male

Flammende Jugend

oder Angst vor der Ehe.

Großes erotisches Gesellschaftsdrama in 9 Akten mit der jugendlichen, reizenden 11951

Colleen Moore.

Außerdem: Das gute Beiprogramm.

Der Saal ist geheizt.